Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 18.00, monatlich Mark 6.00.
Anzeigenpreis: im Anzeigenteil der Raum der 1spaltigen Petitzeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., einschließlich Einzelgebühren, im amtlichen Teil die halbe Zeile 3.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Kartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Aueerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. – Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte etc. nicht verrechnet.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 105. | Sonnabend, den 7. Mai 1921. | 74. Jahrg.

Die amtlichen Anzeigen befinden sich im Beiblatt.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Berlin, 5. Mai. Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffene politische Lage hat das Kabinett einstimmig seinen Rücktritt beschlossen. Der Reichskanzler hat sich zum Reichspräsidenten begeben, um ihm den Entschluß des Kabinetts mitzuteilen. Der Reichspräsident hat das Kabinett gebeten, die Geschäfte weiterzuführen. Das Kabinett hat zugestimmt.

Berlin, 5. Mai. In der Frage der Kabinettsbildung sind noch keine wesentlichen Schritte erfolgt. Alle Namensnennungen beruhen auf Kombinationen. Für den Posten des Außenministers sollen Frhr. v. Lersner, der sich durch seine geschickte Geschäftsführung als deutsches Mitglied der Pariser Friedenskommission einen guten Namen gemacht hat, der frühere Staatssekretär Hintze und Stresemann, sowie der Zentrumsmann Mayer-Kaufbeuren, unser jetziger Botschafter in Paris, Aussichten haben. Die beiden letzten werden auch für den Reichskanzlerposten genannt. Pariser Blätter wollen sogar wissen, daß der deutsche Botschafter in London, Stahmer, Lord Curzon die Mitteilung gemacht habe, er sei für den Posten des Außenministers ausersehen. Im Grunde sind alle diese Vermutungen gleich unrichtig.

Das Diktat der Entente.

Paris, 5. Mai. Die Reparationskommission hat Dienstag um 10 Uhr abends der Kriegslastenkommission in Paris drei Dokumente überreicht:

1. Ein Protokoll, das die neuen Bestimmungen zur Durchführung der Reparationsfragen enthält und die Garantien feststellt, die die Alliierten von Deutschland fordern.

2. Eine Erklärung des Artikels 234 des Versailler Vertrags und die Feststellung, daß Deutschland für die fortlaufende Zahlung der von ihm ausgegebenen Bonds aufzukommen habe.

Dieser Artikel 234 des Versailler Vertrages lautet:

„Die Wiedergutmachungskommission wird vom 1. Mai 1921 ab von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen. Sie wird den Vertretern Deutschlands angemessene Gelegenheit geben, gehört zu werden, und ist danach ermächtigt, die Fristen auszudehnen und die gemäß Artikel 233 vorzusehenden Tilgungsarten zu ändern. Doch kann sie ohne besondere Ermächtigung der verschiedenen in der Kommission vertretenen Regierungen auf keinen Betrag verzichten."

3. Ein Programm über die Modalitäten und Fristen der von Deutschland zu leistenden Zahlungen.

Andererseits hat Lloyd George als Präsident des Obersten Rates dem deutschen Botschafter in London, Dr. Stahmer, eine Note übermittelt, die zwar nicht den Namen, aber den Charakter eines Ultimatums hat. Diese von allen Mitgliedern des Obersten Rates unterzeichnete Note hat folgenden Wortlaut:

Die Verbandsregierungen stellen fest, daß trotz der wiederholten Zugeständnisse, welche von den Verbündeten seit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles gemacht worden sind, ungeachtet der Warnungen und Zwangsmaßnahmen, die in Spa und Paris beschlossen wurden, wie auch der in London angekündigten und seither in Kraft getretenen Maßnahmen die deutsche Regierung mit der Erfüllung der Verpflichtungen im Rückstand ist, welche ihr nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages obliegen, und zwar in folgenden Punkten:

1. Entwaffnung.

2. Zahlung der 12 Milliarden Goldmark, die gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages am 1. Mai 1921 fällig waren, und deren Begleichung von der Reparationskommission bereits für den genannten Zeitpunkt verlangt worden ist.

3. Aburteilung der Kriegsverbrecher unter den Bedingungen, wie sie erneut durch die Verbandsnoten vom 13. Februar und 17. Mai 1920 festgelegt wurden.

4. Einige andere wichtige Fragen, in erster Linie diejenigen, welche die Artikel 261—267, 269, 273, 321, 322 und 327 des Friedensvertrages (Zoll-, Schiffahrts- und Verkehrsbestimmungen. D. Red.) berühren.

Sie beschließen deshalb:

a. heute bereits alle vorbereitenden Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Besetzung des Ruhrtales durch die verbündeten Truppen am Rhein nötig sind, und zwar unter den in § d vorgesehenen Bedingungen;

b. gemäß Artikel 233 des Friedensvertrages die Reparationskommission aufzufordern, der deutschen Regierung unverzüglich Zeiten und Bedingungen für die Begleichung der deutschen Schuld in ihrer Gesamtheit mitzuteilen und ihre diesbezügliche Entschließung der deutschen Regierung bis spätestens 6. Mai bekannt zu geben;

c. die deutsche Regierung aufzufordern, innerhalb einer Frist von sechs Tagen nach Empfang der obigen Entschließung klipp und klar zu erklären, daß sie entschlossen ist: 1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so wie sie von der Reparationskommission festgelegt werden, 2. ohne Vorbehalt oder Bedingungen hinsichtlich ihrer Verpflichtungen die von der Reparationskommission vorgeschriebenen Sicherheiten anzunehmen und durchzuführen, 3. ohne Vorbehalt und unverzüglich die Maßnahmen zwecks Abrüstung zu Wasser, zu Lande und zur Luft, welche der deutschen Regierung durch die Verbandsmächte durch Schreiben vom 29. Januar 1921 aufgegeben wurden, durchzuführen, sowie die Durchführung dieser Maßnahmen bereits fällig geworden ist, und unverzüglich die weiteren Maßnahmen zu Ende zu führen, die zu bestimmten Fristen verwirklicht sein müssen, 4. ohne Vorbehalt und unverzüglich die Aburteilung der Kriegsverbrecher vorzunehmen, sowie die Erfüllung der übrigen Teile des Vertrages, denen bisher noch nicht Genüge getan ist, und wovon in § 1 dieser Note die Rede ist;

d. am 12 Mai zur Besetzung des Ruhrtales zu schreiten und alle anderen militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Lande zu ergreifen bei Nichterfüllung der obigen Bedingungen durch die deutsche Regierung. Diese Besetzung wird solange dauern, bis Deutschland die in § e aufgezählten Bedingungen erfüllt haben wird.

Der Kampf um Oberschlesien.

Berlin, 5. Mai. Die heutigen Nachrichten aus Oberschlesien lauten außerordentlich bedrohlich. Die Kreise Gleiwitz, Großstehlitz, Kattowitz, Beuthen, Pleß und Rybnik sind vollständig in den Händen der Polen. Die Gruben und Hüttenwerke sind fast vollständig eingeschlossen. Die Polen haben von jenseits der Grenze große Verstärkungen bekommen, auch Munitions- und Sanitätskolonnen sind eingetroffen. In den Kreisen Rybnik und Pleß sind Behörden überhaupt nicht mehr tätig, weder italienische noch deutsche. Die Franzosen begünstigen nach wie vor die Polen.

Berlin, 5. Mai. Ein Warschauer Funkspruch besagt, daß Korfanty und ein gewisser Doliwa sich an die Spitze der polnischen Aufstandsbewegung in Oberschlesien gestellt haben.

Breslau, 5. Mai. Korfanty hat sich gestern abend zum Zivil- und Militärgouverneur in Oberschlesien ausgerufen. Er fordert in einem Aufruf die oberschlesische Bevölkerung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung (!) auf und stellt strenge Strafen für Raub, Mord und Diebstahl in Aussicht. Der von Korfanty ernannte Oberkommandant der Aufständischen, Doliwa, erklärt in seinem ersten Tagesbefehl, daß das Ergebnis der Volksabstimmung von der Welt nicht anerkannt werde, und daß daher die polnischen Rechte **mit den Waffen in der Hand** gewahrt werden müßten.

Warschau, 5. Mai. Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur haben die Führer der polnischen Aufstandsbewegung in Oberschlesien an den Obersten Rat zu Händen Lloyd Georges ein Telegramm abgesandt, in dem sie mit der Zerstörung der industriellen Unternehmungen drohen, falls ihren Wünschen nicht entsprochen werden sollte.

Oppeln, 5. Mai. Gerüchtweise verlautet, daß hinter den Insurgenten **reguläre polnische Truppen** gegen den Kreis Lublinitz im Anmarsch sind. In Hindenburg veranstalteten die Polen gestern vormittag ein wahres Kesseltreiben gegen deutsche Personen, die dem Verband der heimattreuen Oberschlesier angehören. In Beuthen wurde der englische Oberst Cockerill von den Polen verhaftet und mit Erschießung bedroht. Erst nach längerer Zeit ließ man den Engländer wieder frei.

Von militärischer englischer Seite werden allein die polnischen Streitkräfte an der Chaussee Kattowitz—Groß-Strehlitz auf 200 000 Mann geschätzt.

Oppeln, 5. Mai. Im Laufe des Tages sind zahlreiche Meldungen eingelaufen, aus denen hervorgeht, daß die Aufständischen eine starke Unterstützung durch Bewaffnete erhalten haben, die über die polnische Grenze gekommen sind. Auch sind zahlreiche Munitionstransporte sowie erhebliche Waffenmengen aller Art, ebenso Sanitätsmaterial und Feldküchen über die Grenze gebracht worden. Aus zahlreichen Orten wird gemeldet, daß die Aufständischen Zwangserhebungen vorgenommen haben. Auch sind überall Gespanne und Futtermittel requiriert worden.

Die Gegenrechnung.

Berlin, 5. Mai. Im Reichstag wurde auf eine Anfrage der deutschnationalen Fraktion wegen Veröffentlichung des Werkes über feindliche Kriegsgreuel regierungsseitig u. a. erwidert: Zur Mitteilung an die Feinde sind die zweifelsfreien Rechtsverletzungen in einer Liste zusammengestellt worden. Der erste Teil der Liste liegt gedruckt vor, der zweite Teil ist in Arbeit. Außerdem wird eine weitere Veröffentlichung vorbereitet, in welcher die schwersten Fälle verzeichnet werden. Sobald diese Arbeit beendigt ist, hoffentlich in den nächsten Tagen, soll sie den Regierungen der Mächte, deren die Schuldigen angehören, mitgeteilt werden. Auch wird beabsichtigt, sie im Inland und im Ausland zu verbreiten. Die Uebersetzung in die Hauptsprachen ist in Aussicht genommen. Bei der Bedeutung des Unternehmens wird es nicht an der Geldfrage scheitern dürfen. Soweit es sich um Verletzungen der Genfer Konvention handelt, wird das Material noch besonders zusammengestellt werden, um vom deutschen Roten Kreuz der neutralen Untersuchungskommissionen vorgelegt zu werden, die auf Beschluß der letzten Roten Kreuz-Konferenz demnächst zusammentreten wird.

Das Defizit bei Post und Eisenbahn.

Berlin, 5. Mai. Im Hauptausschuß des Reichstages wurden die Nachtragsetats 1920 des Reichspostministeriums und des Reichsverkehrsministeriums bewilligt. Der Etat der Reichspost wies ein Defizit von 3¾ Milliarden Mk. auf. Dazu kommt noch der Sonderhaushalt für Bayern, der einen Reichszuschuß zur Deckung seines Fehlbetrages von 318 Millionen Mk. erhalten mußte, und der Sonderhaushalt für Württemberg mit 94 Millionen Mk. Reichszuschuß. Die Einnahmen der Reichseisenbahnen aus Personen- und Gepäckverkehr 1920 betrugen 4¼ Milliarden Mk., aus Güterverkehr 11¾ Milliarden Mk. Es ist also eine Einnahmesteigerung zu konstatieren, die einerseits auf der Zunahme des Verkehrs beruht, andererseits auf die am 1. Dezember 1920 in Kraft getretene Neuordnung zurückzuführen ist. Der Reichszuschuß zur Deckung der Mehrausgaben im außerordentlichen Haushalt des Reichsverkehrsministeriums belief sich auf rund 2 Milliarden Mk.

Berlin, 5. Mai. Der Reichstag hat die Immunität Erzbergers als Abgeordneter aufgehoben.

Berlin, 5. Mai. Der „Vorwärts" meldet, daß in Mettenscheid (Rhld.) die Organisation der U. S. P. D. geschlossen zur Mehrheitssozialdemokratie übergetreten ist.

Halle, 5. Mai. Die „Hallesche Zeitung" war durch den Oberpräsidenten Hörsing für zehn Tage verboten worden. Das nach dem Verbot der „Hallschen Zeitung" im gleichen Verlage neu erscheinende „Hallesche Tageblatt" wurde gleichfalls verboten und dem Verlag die Herausgabe jeder nach dort erscheinenden politischen Zeitschrift für die erwähnte Dauer untersagt. Der Verlag erhob an zuständiger Stelle Beschwerde, und daraufhin sind beide Verbote durch den Reichsratsausschuß als formell und sachlich unbegründet aufgehoben worden, da sie Strafmaßnahmen darstellen und als solche unzulässig sind.

Genf, 5. Mai. Dem „Temps" zufolge haben die französischen Gewerkschaften das Ersuchen der deutschen Gewerkschaften, sich an der Unterzeichnung eines Protestes gegen die Besetzung des Ruhrreviers zu beteiligen, **abgelehnt.**

Ist die Arbeiterschaft reif?

Von Emil Unger
(früherer langjähriger Redakteur, Berichterstatter und Mitarbeiter des „Vorwärts" und der übrigen sozialistischen Presse.)

Die Sozialdemokratie hat es sich bis zum Kriege mit ihrem Zukunftsplan immer sehr leicht gemacht. Gestritten wurde nur darüber, ob die Sozialdemokratie in den Staat hineinwachse, also, ob der Sozialismus wie der Dieb in der Nacht komme, so daß wir eines Abends im kapitalistischen Staat schlafen gehen und im sozialistischen Staat aufwachen würden, oder ob der letzte Akt der Uebernahme durch ein gewaltsames Vorgehen des Proletariats zu erfolgen hätte. Aber daß die Sozialdemokratie „die Sache schmeißen" würde, daran zweifelte auf dem radikalen Flügel der Partei niemand. Rechts dagegen gab es eine ganze Anzahl Skeptiker, vornehmlich unter den Gewerkschaftsbeamten, und alle die Führer, die mit dem Wirtschaftsleben in innigster Fühlung lebten, waren in diesen Fragen äußerst ketzerisch veranlagt. Sie zweifelten sehr stark daran, daß z. B. der Norddeutsche Lloyd und ähnliche Betriebe ganz einfach wie eine aufgezogene Uhr weiterlaufen würden, und wie begründet ihre Zweifel waren, zeigt die Neuzeit. Die letzten Jahre nach dem Zusammenbruch Deutschlands haben der Sozialdemokratie überreichlich Gelegenheit geboten, zu zeigen, ob sie imstande ist, die kapitalistische Führung im Wirtschaftsleben zu übernehmen. Das Ergebnis ist so dürftig, daß man Mitleid haben könnte mit der Arbeiterbewegung, die doch immerhin in Aufbau und Organisation auf ihrem Gebiete anerkennenswerte Leistungen vollbracht hat. Man brauchte nun deshalb keinen Stein auf sie zu werfen, denn es fehlten ihr bis zum Zusammenbruch alle Voraussetzungen, ihre Theorie in die Praxis umzusetzen. Seit dem 9. November hat die Sozialdemokratie aller Richtungen aber so viele Gelegenheiten gehabt, zu zeigen, daß sie wirtschaftsführend und aufbauend zu wirken imstande sei, daß alle Entschuldigungen und Ausreden den völligen Bankerott des sozialistischen Systems nicht verdecken können.

Aber auch das wäre kein Grund, sie zu verhöhnen, und Irren ist menschlich. Die Sozialdemokratie hat sich eben geirrt, das ist auch schon anderen passiert. Was die Sache schlimm macht, ist der unsagbar geistige Hochmut, in dem die Sozialdemokratie auch heute noch befangen ist. Und doch hätte die Wirkung eines jahrelangen Anschauungsunterrichts so nachhaltig und überzeugend auf die führenden Männer wirken müssen, um von einem irrigen Wahn abzugehen. Nichts von alledem. Nach wie vor kräht es von den Kirchtürmen der sozialistischen und kommunistischen Parteien: Das Proletariat ist reif! Her mit der Sozialisierung! Wir brauchen keine Unternehmer mehr!

Es hilft nicht, daß sich in den eigenen Reihen Stimmen erheben, die vor allen Experimenten warnen. Teils aus geistiger Verblendung, teils aus parteipolitischen Gründen schreien selbst die Rechtssozialisten nach Sozialisierung. Dr. August Müller, der wirklich etwas von solchen Dingen versteht, hat einmal darauf hingewiesen, daß alle von der Arbeiterschaft gegründeten Betriebe zusammenkrachten, sofern sie nicht nach streng kaufmännischen und kapitalistischen Grundsätzen geleitet würden. Was Müller schreibt, kann jeder, der die Arbeiterbewegung verfolgt hat, bestätigen. Und würde Richard Fischer den „Vorwärts"-Betrieb nach „sozialistischen" Prinzipien leiten, so gäbe es schon längst keinen „Vorwärts" mehr. Auf dem Bremer Parteitag war Fischer angegriffen worden, weil er einen alten Maschinenmeister entlassen hatte. Er verteidigte sich und sagte unter anderem: „Auch bei uns muß ebenso wie in anderen Betrieben, jeder, der eine Funktion übernimmt, seiner Aufgabe gewachsen sein. Kann er den Posten, den er übernommen, nicht ausfüllen, dann muß er eben rausfliegen". Und der Parteitag stimmte Fischer zu. Bedauerlich, daß diese Grundsätze nur dann gelten, wenn die Parteikasse Schaden erleidet, handelt es sich um öffentliche Aemter, wo Staat oder Gemeinde die Kosten tragen, ist die Sozialdemokratie weitherziger und nachsichtiger.

Mit dem „Freiheit"-Betrieb ist es nicht anders. Wir haben erlebt, daß das Personal von der Unabhängigen im vorigen Jahre, als seine Zeitungsträger streikten, den Streikbruch als Gegenwehr organisieren mußte.

In Berlin, Wien, Moskau, Mailand usw. sind Sozialisierungsversuche unternommen worden. Die Folgen waren: Milliardenvergeudung, Schädigung oder Lahmlegung von Betrieben und ganzen Industriezweigen und Tausende von Arbeitslosen und hungernden Familien. Aber die Parteidemagogie ist so engstirnig, daß sie den Arbeitern nicht frank und frei zu sagen wagt: Die Beherrschung des Handels und der Industrie hat sich zu einer Kunst, einer Wissenschaft entwickelt, die nur wenige beherrschen. Wir, eure Führer, die bisher diesen Dingen fern standen, können diese Arbeit nicht leisten, und aus euren Reihen kann es auch keiner. Es ist darum notwendig, daß wir eine Lösung finden, die unseren Industriekapitänen die Lust am Schaffen nicht raubt, und bei der auch der Arbeiter zu seinem Rechte kommen kann, denn das Recht der Arbeiter auf Anteil am Segen der Volkswirtschaft bestreitet heute kein einziger einsichtiger Unternehmer mehr.

Statt das auszusprechen, wird der Arbeiter immer wieder gegen den „Kapitalismus" aufgepeitscht, es wird ihm aber nicht gesagt, daß dieser Kapitalismus doch Deutschland vor dem Kriege in die erste Reihe der Handels- und Industrievölker emporgehoben hat und jetzt, nach dem Zusammenbruch, aus dem Nichts wiederum etwas schaffen soll und auch wird, wenn man ihm nicht bei jeder Gelegenheit in den Arm fällt.

Was aber wäre Deutschland geworden ohne die führenden Männer aus Industrie und Handel? Ein Ackerbau und Handwerk treibender Staat, der Millionen seiner Volksgenossen, weil er sie nicht hätte beschäftigen und ernähren können, über den großen Teich hätte schicken müssen. Daß Millionen Arbeiter nicht als Kulturträger in fremde Länder zu gehen brauchten, danken sie Männern wie Krupp, Borsig, Siemens, Tyssen, Stinnes usw. Und wenn nicht auch jetzt große Scharen Deutscher den heimatlichen Staub von den Füßen schütteln sollen, müssen Männer, wie die Genannten sich auswirken können (natürlich unter Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse). Die Masse kann es nicht. Die Masse hat es noch nie gekonnt. Und wenn heute die Ar-